

## Yves Rossier tritt zurück

EDA-Staatssekretär will einen Botschafterposten

(sda) · Yves Rossier tritt als Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ab. Er habe Aussenminister Didier Burkhalter um eine Versetzung auf einen Botschafterposten gebeten, teilte EDA-Sprecher Jean-Marc Crevoisier am Freitagabend mit. Er bestätigte damit eine Online-Meldung des «Tages-Anzeigers». Wie einem internen Schreiben von Aussenminister Didier Burkhalter an die EDA-Mitarbeiter zu entnehmen ist, wird der Bundesrat im Herbst über die neuen Botschafter-Ernennungen beraten. Dann wird sich entscheiden, welchen Posten Rossier erhält.

Ende August werde dann auch die Stelle für einen neuen Staatssekretär ausgeschrieben, hiess es in dem Schreiben weiter, das der Nachrichtenagentur SDA vorliegt. Rossier bleibe aber wahrscheinlich noch bis Ende Jahr Staatssekretär, sagte Crevoisier.

### EU-Verhandlungen abgegeben

Der 55-jährige Freiburger war Anfang 2012 vom Bundesrat zur Nummer zwei im EDA ernannt worden. Bis zur Ernennung von Botschafter Jacques de Watteville im August letzten Jahres hatte Rossier auch die Verhandlungen mit der EU über institutionelle Fragen unter sich. Danach war er nicht mehr zuständig für das bilaterale Dossier und beschäftigte sich stattdessen vermehrt mit den Beziehungen zu Ländern im Nahen Osten.

Seine Karriere in der Bundesverwaltung begann Rossier im EDA. Ab 1990 arbeitete er im Integrationsbüro und absolvierte einige Jahre später den diplomatischen Concours. Seinen Stage machte er in der Politischen Abteilung II, bevor er als wissenschaftlicher Berater der Bundesräte Jean-Pascal Delamuraz und Pascal Couchepin arbeitete. Ab 2004 war er Direktor des Bundesamts für Sozialversicherungen.

### Keine Auslanderfahrung

Rossier verfügt über einen Lizenzabschluss in Recht der Universität Freiburg, hat anschliessend am College of Europe in Brügge europäisches Recht studiert und an der McGill University in Montreal einen Master of Laws erworben. Einen Posten im Ausland bekleidete Rossier trotz seiner diplomatischen Ausbildung noch nie.

Bundesrat Didier Burkhalter hatte bei der Ernennung Yves Rossiers zum Staatssekretär betont, dass dieser durchaus das «Virus des Internationalen» habe. Neben den beruflichen Qualifikationen Rossiers hob er auch dessen menschliche Qualitäten hervor. Diese seien an einer so strategischen Position entscheidend.

# Der Trend geht zu dreimal Ja

Erste SRG-Umfrage zu den Abstimmungen vom 25. September

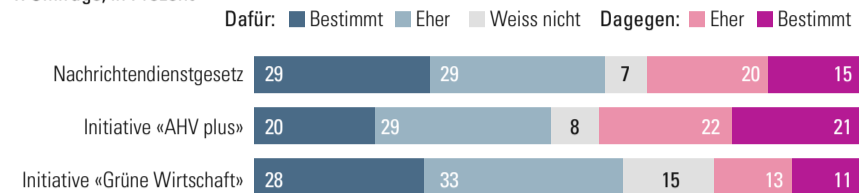
Hätte das Schweizer Stimmvolk bereits Anfang August abgestimmt, wären das Nachrichtendienstgesetz und die «Grüne Wirtschaft» angenommen worden. Keine gesicherte Mehrheit gibt es bei der AHV-Initiative.

Am 25. September entscheidet das Schweizer Stimmvolk an der Urne über drei eidgenössische Vorlagen: das Nachrichtendienstgesetz und die beiden Volksinitiativen «Grüne Wirtschaft» und «Starke AHV». Zurzeit würden laut der ersten SRG-Trendumfrage 58 Prozent der Stimmberechtigten das Nachrichtendienstgesetz bestimmt oder eher annehmen; 35 Prozent der Befragten wären bestimmt oder eher dagegen. 7 Prozent sind noch unentschieden, was sie abstimmen. Am grössten ist die Zustimmung bei den Wählerinnen und Wählern der FDP, am kleinsten bei jenen der Grünen. Die Basis von SP, CVP und SVP ist mehrheitlich für die Vorlage. Das gilt auch für die Parteiungebundenen.

Vor allem die neuen technologischen Möglichkeiten sprechen aus Sicht der Befragten für das Gesetz. 81 Prozent der Teilnahmewilligen finden, dass digitale Medien dieses notwendig machten. 64 Prozent sehen darin auch eine Sicherheitsmassnahme gegen den Terrorismus. 62 Prozent der Befragten

### Übersicht Stimmabsichten

1. Umfrage, in Prozent



QUELLEN: SRG, GFS BERN

NZZ-Infografik/lea.

sind der Ansicht, dass die im Gesetz eingebauten Kontrollinstrumente streng genug sind, um Missbräuche zu verhindern.

Die AHV-Initiative findet derzeit bei 49 Prozent der Stimmbürger bestimmt oder eher Zustimmung; 43 Prozent wären bestimmt oder eher dagegen. Nur 8 Prozent sind unentschieden. Am klarsten dafür ist die grüne Wählerschaft: Sie würde zu 70 Prozent Ja sagen. Umgekehrt sind bei der FDP 59 Prozent der Befragten dagegen. Mehrheitlich auf der Ja-Seite sind gemäss Umfrage aber auch die Wählenden von SP und CVP, dagegen sind jene der SVP.

59 Prozent der Befragten finden, für eine Erhöhung der AHV-Rente sei es höchste Zeit. 56 Prozent gehen davon aus, dass die Renten aus den Pensionskassen sinken werden. Populärstes Argument der Gegner ist mit 67 Prozent die Bevorzugung einer Gesamtreform der Altersvorsorge gegen-

über einer Einzelmassnahme. 51 Prozent finden, die Vorlage sei nicht finanzierbar.

61 Prozent der Befragten würden gegenwärtig bestimmt oder eher für die Initiative für eine «Grüne Wirtschaft» stimmen. 24 Prozent wären bestimmt oder eher dagegen; unentschieden sind 15 Prozent. Die Basis der Grünen spricht sich zu 90 Prozent für die eigene Initiative aus. Interessanterweise überwiegt die Zustimmung nicht nur bei der SP, sondern auch bei den bürgerlichen Parteien bis hin zur SVP.

Das populärste Argument für die Volksinitiative ist die Senkung des Ressourcenverbrauches, um die Lebensgrundlage für die Nachfahren zu erhalten. 84 Prozent der Teilnahmewilligen stimmen dem zu. Bei den Botschaften der Nein-Seite schneidet die Kritik an der Bevormundung der Konsumentinnen und Konsumenten mit 58 Prozent Zustimmung am besten ab.

## Streit um Lehrplan 21 schwelt weiter

Initiative will mehr Kompetenzen fürs Parlament

In Bern machen die Gegner des Lehrplans 21 mobil. Der Aargau will vorerst an seiner speziellen Regelung für den Französischunterricht festhalten.

19 000 Unterschriften deponierte das Komitee «IG Starke Volksschule Kanton Bern» am Freitag bei der Staatskanzlei – 4000 mehr als benötigt. Damit ist es praktisch gewiss, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auch im Kanton Bern über das Schicksal des Lehrplans 21 entscheiden werden. Wie in anderen Kantonen steht nicht der Lehrplan selbst zur Debatte. Verlangt wird, dass statt der Regierung das Kantonsparlament über wichtige Änderungen am Lehrplan entscheiden könne.

Doch diese Kompetenzverschiebung ist gegen den Lehrplan 21 gerichtet, in

der Hoffnung, die Opposition durch die Verpolitisierung eines an sich klassischen Verwaltungsaktes zu stärken. Die Gegner des Lehrplans 21 haben kürzlich aber mit diesem Modell eine bittere Niederlage eingesteckt: Vor den Sommerferien sprachen sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Basel-Landschaft knapp, aber überraschend gegen eine ähnliche Volksinitiative aus, die dem Baselbieter Kantonsparlament ebenfalls zu mehr Einfluss verhelfen sollte.

Einen Entscheid in der heiklen Fremdsprachenfrage fällte am Freitag die Regierung des Kantons Aargau. Zusammen mit Appenzell-Innerrhoden und Uri gehört der Aargau zu jenen Kantonen, die sich nicht an den Sprachenkompromiss der Erziehungsdirektorenkonferenz von 2004 halten. Im Aargau wird zwar ab der 3. Klasse Englisch unterrichtet, der Französischunter-

richt beginnt jedoch erst ab der 6. Primarklasse. Zudem sind Französisch und Englisch an der Realschule nur Wahlfächer. In einem Bericht anerkennt der Regierungsrat zwar «Handlungsbedarf» beim Französischunterricht. Trotzdem bleibt man im Kanton Aargau der bisherigen Regelung vorläufig treu. Denn der Zeitpunkt für eine Umstellung sei ungünstig. Dies aufgrund der unklaren Lage in mehreren Kantonen und auf Bundesebene.

Die Aargauer Regierung vertröstet auf später. Eine Harmonisierung der Ziele der verschiedenen Bildungsstufen soll mit der Einführung des neuen Lehrplans ab dem Schuljahr 2020/21 erfolgen. Die Vorverschiebung der Französischlektionen an der Primarschule und die Einführung einer Fremdsprachenpflicht an der Realschule könnten im Rahmen der neuen Stundentafel vorgenommen werden.

## Einigung über Quellensteuer

Mit der Revision der Quellenbesteuerung sollen Ungleichbehandlungen beseitigt und ein Konflikt mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen ausgeräumt werden. Einstimmig ist die Wirtschaftskommission des Ständerats (WAK) der Meinung, dass neben den Steuerpflichtigen auch Steuerbehörden eine nachträgliche ordentliche Veranlagung verlangen können. Das teilten die Parlamentsdienste am Freitag mit. Die Bezugsprovision für Schuldner einer steuerbaren Leistung möchte die WAK bei 1 Prozent festlegen. Der Nationalrat will den Kantonen Spielraum bis 2 Prozent lassen. Hingegen hat die WAK mit 9 zu 3 Stimmen beschlossen, den Quellensteuertarif nicht zu vereinheitlichen. Stattdessen sollen die Kantone entscheiden, ob sie den Monats- oder Jahrestarif berechnen würden.

Der Gewinnungskostenabzug für ausländische Künstler beträgt nach dem Willen der WAK pauschal 35 Prozent der Bruttoeinkünfte. Der Entscheid fiel mit 11 zu 1 Stimmen. Der Nationalrat hatte 50 Prozent beschlossen. Sportler und Referenten sollen 20 Prozent Gewinnkosten abziehen können.

In der Gesamtabstimmung nahm die Kommission die Revision einstimmig an. In der Herbstsession berät der Ständerat darüber.

## Tiefe Eingriffe in das Strafrecht

Die Rechtskommission des Nationalrates will das Strafrecht verschärfen. Eine lebenslange Verwahrung soll neu auch bei Schändung vorgesehen werden. Heute ist sie unter anderem bei Vergewaltigung oder sexueller Nötigung vorgesehen, wenn Wiederholungsgefahr besteht und der Täter als nichttherapierbar beurteilt wird. Die Kommission hat damit einer parlamentarischen Initiative von SVP-Nationalrätin Céline Amdruz (Genf) zugestimmt.

Weiter möchte die Kommission die Regeln für die normale Verwahrung verschärfen: Sie möchte im Gesetz verankern, dass ein Täter erst dann bedingt aus der Verwahrung entlassen werden kann, wenn «praktisch sicher» ist, dass er sich in der Freiheit bewährt.

Und schliesslich hat sich die Kommission einstimmig für eine Motion von FDP-Ständerat Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden) ausgesprochen. Damit soll eine Lücke im Jugendstrafrecht geschlossen werden. Heute enden alle Massnahmen des Jugendstrafrechts, wenn ein Täter 25 Jahre alt wird. Diese Regeln wurden für Täter geschaffen, die sich selbst gefährden oder an einer psychischen Störung leiden. Das Gesetz soll nun auch Massnahmen zum Schutz Dritter enthalten.

  
scheffel  
Jewellery of Today

www.scheffel-schmuck.de



Beyer

Zürich seit 1760 · Uhren & Juwelen  
Bahnhofstrasse 31 · 8001 Zürich · Tel +41 (0)43 344 63 63  
beyer-ch.com